

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/232

Bonn, den 4. Dezember 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Man kann es nachlesen

47

CDU-Ungereimtheiten

2 Junge Union Bayerns auf Sonderkurs

50

Straußens junge Garde nur bedingt einsatzbereit

Von Dr. Günther Müller,
Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

3 - 4 Südostdeutsche - Bindeglied zu Südosteuropa

66

In der Bundesrepublik leben 400 000 Volksdeutsche

Von Dr. Alfred Graef

5 - 6 Menschenrechte à la Stanleyville

70

- Zur Verkündung der Menschenrechts-Charta der UN am 10.12.1948 -

Von Helmut F. Bärwald

+ + +

Man kann es nachlesen

CDU-Jugereinheiten

P.B. - Es brauchen nicht unbedingt die großen Pressekonferenzen zu sein, in denen klar wird, was einer ist. Und manche Enttöschung erfolgt nicht durch den politischen Gegner, sondern durch den politischen Freund. In der "Neue Bildpost" vom 6. Dezember kann man beispielsweise in einem Artikel mit der anreißerischen Überschrift "So bringt man Leute um die Ecke" nicht nur lesen, daß Strauß Mut hat und daß er hart zugreifen kann, man findet auch den folgenden Satz:

"Rache für Rudolf Augstein! Strauß hat es gewagt, Deutschlands Presse-Idol mit Polizeigriff abzuführen."

Wer schützt Franz Josef Strauß vor seinen Freunden? Da redet er seit Jahr und Tag, streitet, schimpft und poltert, bestreitet die Richtigkeit des "Spiegel"-Berichts der Bundesregierung und nun wird ihm ausgerechnet von einem Blatt, das ihm näher als nahe steht, bescheinigt, daß er Augstein mit Polizeigriff abgeführt hat. Ein Satz und eine ganze Entlastungskampagne bricht zusammen. Schöne Freunde!

+ + +

Und da gibt es ein Organ für christlich-demokratische Studenten und Intellektuelle, das sich CIVIS nennt. Es nimmt einfach nicht zur Kenntnis, daß die CDU/CSU offiziell laufend Kampagnen führt, um der Öffentlichkeit zu beweisen, wie populär Ludwig Erhard ist. Munter berichtet es, daß CDU-nahe Demoskopien Zweifel an diesen Behauptungen über die Erhard'sche Popularität haben, denn - so argumentieren sie - die Sympathie für Erhard allein nützt nichts, die Wähler wandern trotzdem von der CDU ab. Die Fachleute haben dafür sogar schon einen Namen gefunden und bezeichnen das als "kalten Enthusiasmus". Und wörtlich heißt es dann:

"Zählt man nun jene kalten Enthusiasten von des Kanzlers Popularität ab, so bleibt - unter Verrechnung der noch Unentschiedenen - ein geringerer Quotient übrig, als ihn die CDU allein erreicht."

Mit anderen Worten: Erhard ist also eine kalte Wahllickmotive. Sie qualmt, aber sie fährt nicht; sie stößt Dampf aus, aber ist nicht mehr in der Lage, Lasten zu bewegen.

+ + +

In des Kanzlers eigenem Wahlkreis scheint es auch nicht mehr zum Besten zu stehen. Berichtet doch die Ulmer "Donau-Zeitung" am 30. November 1964 auf Seite 9 über eine Pressekonferenz mit dem Kanzler "Die Antworten kommen nach kurzem Nachdenken. Sie sind - wenn es um kitzelige Dinge geht - fast so vieldeutig wie die der Pythia. Dort aber, wo der Bundeskanzler klare, unmißverständliche Stellung beziehen will, etwa der Oppositionspartei gegenüber, da wird er hart und von einer geradezu sarkastischen Prägnanz."

Des Rätsels Lösung für alle diese Merkwürdigkeiten? Man kann sie in der gleichen Zeitung finden. Es heißt dort wörtlich: "Zur Innenpolitik übergehend bemerkte Erhard, es sei kein Geheimnis, daß es in der CDU besonders oben in der letzten Zeit nicht mehr ganz gestimmt habe."

Genau dieser Auffassung sind wir auch. Was mit "oben" gemeint sein soll, kann jeder selbst definieren.

+ + +

Junge Union Bayerns auf Sonderkurs

Straußens junge Garde nur bedingt einsatzbereit

Von Dr. Günther Müller, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

Gewitzt durch die Erfahrungen der Vergangenheit in der Weimarer Republik schlossen sich nach der Gründung der Bundesrepublik die Nachwuchsorganisationen von CDU/CSU und SPD zum Ring Politischer Jugend (RPJ) zusammen. Man war und ist sich einig über das gemeinsame Bekenntnis zur Demokratie und gegen jede Form von Totalitarismus. Das gemeinsame Gespräch und das gemeinsame Bemühen um den mündig gewordenen jungen Staatsbürger steht im Mittelpunkt der Zielsetzung des Dachverbandes der politischen Jugendorganisationen. Dieses Ziel überdauerte auch alle harten Auseinandersetzungen, die bei den vergangenen Wahlkämpfen auftraten.

Leider gibt es aber gerade in diesen Tagen Anzeichen, die vermuten lassen, daß die bayerische Junge Union offensichtlich neue Wege beschreiten will. Überall in Bayern hört man bei den Jungsozialisten und den Jungdemokraten Klagen darüber, daß sich Orts- und Bezirksverbände der Jungen Union gegen die Gründung von Ortsverbänden des RPJ sträuben. Manchmal versucht man durch eine hinhaltende Taktik die Gründung von Ortsverbänden hinauszuzögern, oft erklärt man aber auch gleich offen und unumwunden, daß man an einer Zusammenarbeit mit den beiden anderen Organisationen überhaupt nicht interessiert sei.

Auch das Gespräch zwischen den Jugendverbänden will man vermeiden. Man hat dabei sehr oft den Eindruck, daß die Junge Union auch aus personellen Rücksichten das politische Gespräch scheut. Nachdem die "erste Generation" der Jungen Union altersmäßig bereits ausgeschieden ist und meist in Amt und Würden sitzt, fehlt es offensichtlich an jüngeren Nachwuchskräften, die in der Lage sind, das politische Gespräch für die CSU zu führen. Anders sind die auffallenden Reaktionen der Jungen Union in den letzten Wochen nicht zu erklären. Zwei Beispiele mögen dafür genügen: Die Jungsozialisten der aufstrebenden Industriestadt Ingolstadt stellten der Jungen Union die erste Seite ihrer in verhältnismäßig hoher Auflage erscheinenden Zeitschrift für einen Diskussionsbeitrag zur Verfügung. Die Junge Union antwortete überhaupt nicht und lehnte auch die Gründung eines RPJ ab, der von den Jungdemokraten ebenfalls gewünscht wurde. Daß es sich bei diesem Beispiel nicht um das "Versehen" eines untergeordneten JU-Funktionärs handeln kann, beweist die Tatsache, daß Ingolstadt die Heimat des JU-Landesvorsitzenden Max Streibl ist.

Das zweite Beispiel lieferte der JU-Bezirksvorsitzende von Oberbayern, Gernot Tandler, aus Altötting, der auf eine Einladung des Jungsozialisten-Bezirksvorsitzenden zu gemeinsamen politischen Diskussionen in der Presse mit der ungeheuerlichen Behauptung antwortete, daß man erst dann mit den Jungsozialisten diskutieren wolle, wenn sich dort "die demokratischen Kräfte durchgesetzt hätten".

Bei dieser Sprache der Jungen Union in Bayern nimmt es kein Wunder mehr, daß die Junge Union auf ihrer letzten Landesvorstandssitzung erklärte, daß die "unsachlichen, unfairen und zum Teil verleumderischen Angriffe der SPD" ständig zunähmen. Der Landesvorsitzende der Jungsozialisten, Willi Reiland, MdL, gab die einzig mögliche Antwort: Er forderte seinen Kollegen von der Jungen Union auf, Beweise für diese Behauptung zu liefern, da sich sonst die Junge Union selbst der Verleumdung schuldig gemacht hätte.

Südostdeutsche - Bindeglied zu Südosteuropa

In der Bundesrepublik leben 400 000 Volksdeutsche

Von Dr. Alfred Graef

In der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin leben zur Zeit ungefähr 400 000 Volksdeutsche, die während des Krieges oder unmittelbar nach dem Krieg aus den südosteuropäischen Ländern geflüchtet sind oder vertrieben wurden.

Obgleich fast 20 Jahre vergangen sind, seitdem sie die alte Heimat verlassen mußten, tragen sie diese noch immer in ihren Herzen, ganz gleich, ob es sich um Banater Schwaben, Siebenbürger Sachsen, Bukowina- und Bessarabien-Deutsche oder um kleinere volksdeutsche Splittergruppen aus den südosteuropäischen Ländern handelt.

Ihre Verbundenheit mit den Völkern Südosteuropas dokumentieren sie auch heute noch durch freundschaftliche Beziehungen zu früheren Bekannten sowie zu alten und neuen Freunden in der Weise, daß sie mit diesen Briefe wechseln, ihnen kleine Liebesgaben zukommen lassen und ihnen Urlaubsbesuche abstatten.

Die früheren radikalen kommunistischen Regierungen der südosteuropäischen Länder haben diese Beziehungen wohl einschränken, aber nie völlig unterbinden können. Das gemeinsame persönliche und geschichtliche Erlebnis war bisher immer stärker als die von irgendeiner Seite gesetzten geographischen oder geistigen Grenzen.

Der weichere Kurs der gemäßigteren kommunistischen Regierungen in Ungarn, Rumänien und Bulgarien hat nicht nur zur Wiederaufnahme und zur Weiterentwicklung der offiziellen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern Südosteuropas geführt; sondern auch zur Festigung und Belebung der Verbindungen der Südostdeutschen zu ihrer alten Heimat und zur Anknüpfung von neuen Beziehungen und neuen Freundschaften mit Einzelpersonen und Familien aus Südosteuropa.

Die Tatsache, daß solche Bindungen und Verbindungen der in der Bundesrepublik lebenden Südostdeutschen bestehen, sind im Hinblick auf den beabsichtigten Ausbau der politischen, wirtschaftlichen und

kulturellen Beziehungen mit den südosteuropäischen Ländern von offizieller Seite nicht hoch genug einzuschätzen. Ihre Kenntnis der südosteuropäischen Sprachen und ihr Einfühlungsvermögen in die Wesensart der Völker Südosteuropas läßt sie im Bemühen, daß das gesamte deutsche Volk zu neuem Ansehen bei diesen Völkern gelangt, auch politisch zu einem wertvollen Faktor werden.

In völliger Verkennung der politischen und geistigen Situation in den südosteuropäischen Ländern haben die bisherigen, hauptsächlich von der CDU/CSU getragenen Bundesregierungen in der Vergangenheit verabsäumt, eine konstruktive in die Zukunft blickende Südosteuropapolitik zu betreiben. Deshalb schenkten sie auch den Volkedeutschen aus dem Südosten, die die besten Mittler einer solchen Politik sein könnten, praktisch keine Aufmerksamkeit. In keiner Hinsicht wurden im Hinblick auf künftige, sei es auch nur wirtschaftliche oder kulturelle Aufgaben in Verbindung mit Südosteuropa die Südostdeutschen gesammelt und aktiviert.

Eine Vorbereitung für eine politische Situation, die freiere Entwicklungen in den Ländern Südosteuropas aufzeigt, und die de facto heute bereits besteht, ist leider nicht erfolgt. Es gibt aber bereits jetzt viele Anzeichen dafür, daß die Bevölkerung in Ungarn, Rumänien und in Bulgarien, ja selbst die kommunistischen Führungsschichten dieser Länder immer lauter die Intensivierung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zu den Ländern Mittel- und Westeuropas und vor allem zur Bundesrepublik fordern. In diesen Völkern bricht immer mehr das Bewußtsein der kulturellen und geistigen Zugehörigkeit zu diesem Raum durch. Sie in diesem Bewußtsein zu bestärken und sie in ihren zunächst nur tastenden Annäherungsversuchen an ihren ursprünglichen Lebenskreis zu unterstützen, sollte oberstes Ziel einer neuen, aktiveren deutschen Südosteuropapolitik sein. In den Mittelpunkt solcher Bemühungen müßten ein reger geistiger und kultureller Austausch und die Förderung persönlicher Beziehungen von Deutschen zu Südosteuropäern stehen.

Bei einer solchen, der politischen Entwicklung in Südosteuropa Rechnung tragenden Unterfangen können die Südostdeutschen eine wertvolle Mittlerrolle spielen und der deutschen Südosteuropapolitik den richtigen Akzent geben.

Menschenrechte á la Stanleyville

- Zur Verkündung der Menschenrechts-Charta der JN am 10.12.1948 -

Von Helmut F. Bärwald

Am 10. Dezember 1948 bekundete die Generalversammlung der Vereinten Nationen, in der damals 46 Nationen vertreten waren, feierlich ihren Glauben an die Menschenrechte und verkündete die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte". In ihrer Präambel wird festgestellt, daß die "Verkennung und Mißachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei führten, die das Gewissen der Menschheit tief verletzt haben".

Heute, 16 Jahre nach Verkündung dieser Erkenntnis, gewinnen diese Worte eine neue, aktuelle Bedeutung durch die Schreckensnachrichten, die aus dem Kongo in die Welt drangen. Es gehört zu den bitteren Erfahrungen unserer Tage, daß die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen noch lange nicht in aller Welt Beachtung und Anerkennung findet. Die Präambel der Charta weist mahnend auf Akte der Barbarei in der Vergangenheit hin und dachte dabei in erster Linie an die Greuel-taten des nationalsozialistischen Regimes. Jetzt wurde die damals beschworene Vergangenheit im Korden des Kongo zur grausamen, makabren Gegenwart.

Das hundertfache, sinnlose und dumpfe Korden von Europäern und Amerikanern durch bis zur Hysterie aufgepeitschte kongolesische Rebellen wurde durch frenetische Haßgesänge systematisch vorbereitet. Nicht hinter der vorgehaltenen Hand, nicht in Verschörerton wurde die Aufforderung zum Mord an den Weißen ausgesprochen. In zynischer Offenheit gab "Seine Exzellenz Christophe Gbenye", der Rebellenführer, am 15. November in der in Stanleyville erscheinenden Zeitung der Rebellen - ausgerechnet mit dem Titel "Der Märtyrer" - den Mordbefehl. Beim Lesen dieses als "Erklärung" bezeichneten, an niederste Instinkte appellierenden Konglomerats aus Gefühlen des Hasses und der Mordlust, überkommt einen schauernd die Erinnerung an Berichte über Greuel-taten in den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten. Damals wurde die Haut von Opfern zu Lampenschirmen verarbeitet. 20 Jahre später gibt der kongolesische Rebellenführer Gbenye ähnliche schauerliche "Anregungen":

- * "Wir werden unsere Fetische aus den Herzen der Amerikaner und
- * Belgier machen, und wir werden uns in die Häute der Belgier und
- * Amerikaner kleiden!"

Im Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wird postuliert, daß alle Menschen "mit Vernunft und Gewissen begabt sind und sich einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen sollen". In den Hirnen der Mörder von Stanleyville war für solche Einsichten kein Platz. Sie taten in dumpfem Trieb, was ihnen ihr "Führer" befahl: "Sie (die in der Gewalt der Rebellen befindlichen Amerikaner und Belgier) werden ins 'große Jenseits' geschickt, das heißt, sie werden alle massakriert werden!"

Die kommunistische Propaganda wiederholt seit vielen Tagen stereotyp die unsinnige Behauptung, die Hilfsaktion für die vor einem grausamen Tod bedrohten Europäer und Amerikaner im Kongo seien "ungesetzlich", seien eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Kongo und seien eine "Agressionshandlung". Zu diesen dummdreisten Lügen und Verdrehungen ist einiges zu sagen. Das Gesetz, nach dem diese Hilfsaktionen abliefen, ist einzig und allein das Gesetz der Menschlichkeit. Und wenn diese Rettungskatzen in irgendetwas eingriffen, dann mit Billigung der einzig legitimen Regierung des Kongo in eine bereits in Gang gesetzte Mordmaschinerie, die die im Artikel 5 der Menschenrechts-Charta erhobene Forderung: "Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher Behandlung unterworfen werden" zur Farce werden ließ.

Die grobe, zynische und ständige Mißachtung menschlicher Grundrechte, die Unmenschlichkeit als politische Maxime, sind keine Grundlagen, auf denen Menschen mit Würde und Rechten, auf denen ein freiheitsliebendes Volk regiert werden können. Wenn die kongolesischen Rebellen glauben, politische Ansprüche auf die Macht im Lande stellen zu können, so haben sie diese Ansprüche durch ihre kriminellen Taten selbst verwirklicht.

Wohl sind wir noch weit von einer Verwirklichung der in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte erhobenen Forderung entfernt. Das ist eine schmerzliche Erkenntnis, der wir uns nicht verschließen dürfen. Die dramatischen Ereignisse im Kongo lehren uns aber, jeden Tag an jeder Stelle der Erde wachsam zu sein und, wenn Gefahr im Verzuge ist, entschlossen und klug zu handeln; das heißt, menschliche Grundrechte unter Wahrung und Anerkennung eben dieser Rechte zu schützen. In diesem Sinne hat die Menschenrechts-Charta der Vereinten Nationen nichts an ihrer Bedeutung für die gesamte Menschheit verloren.